

15. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ein Riesenrad ohne Risiko - für Land und Zoo

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Veräußerung von landeseigenen Flächen auf dem Zoogelände an potenzielle Investoren für ein Riesenrad und die notwendigen Genehmigungen für die Errichtung des Riesenrades darf nur erfolgen, wenn damit weder für das Land Berlin noch für den Berliner Zoologischen Garten finanzielle Risiken verbunden sind.

Um dies sicherzustellen müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. Die potentiellen Betreiber des Riesenrades müssen ein Finanzierungskonzept vorgelegt haben, das durch eine Bankbürgschaft unterlegt ist.
2. Der durch den Bau des Riesenrades erforderliche neue Wirtschaftshof für den Zoologischen Garten mit einem Kostenvolumen bis zu 20 Mio. Euro muss kostenneutral für das Land Berlin und den Zoo durch den Investor finanziert werden.
3. Für das 13.000 m² große Nachbargrundstück, das wegen der Überbauung durch das Riesenrad nur noch eingeschränkt zu verwerten ist, ist durch den Investor eine Baulast einzutragen und zu finanzieren.
4. Für den Fall der Insolvenz muss der Rückbau des Riesenrades durch eine Bankbürgschaft gesichert werden.
5. Im Falle des Scheiterns des Riesenradprojektes soll das Grundstück lastenfrei von dem Land Berlin zurückgekauft werden können.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Begründung:

Die Erfahrungen lehren, dass Projekte wie der Bau des Riesenrades mit Risiken verbunden sind. So konnte das Riesenrad in der 8 Mio. Einwohner-Metropole London trotz 10.000 Fahrgästen täglich nicht wirtschaftlich betrieben werden. Nach nur fünf Jahren Betriebszeit ging es mit 312 Mio. Pfund Schulden in die Insolvenz.

Die Forderung, dass potentielle Betreiber eines Riesenrades nicht nur die Kosten für den Grundstückskauf leisten können müssen, sondern auch über ein tragfähiges, durch eine Bankbürgschaft gesichertes, finanzielles Konzept für den Bau und den Betrieb verfügen müssen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit – angesichts der Erfahrungen in Berlin mit angekündigten und die Verwaltung in Atem haltenden Großprojekten aber notwendig.

Es ist nicht sinnvoll, dass sich verschiedene Bereiche der Berliner Verwaltung mit dem Riesenrad-Vorhaben beschäftigen, wenn die potenziellen Investoren weder die finanzielle Tragfähigkeit noch ihre Erfahrung mit derartigen Projekten nachgewiesen haben. Des Weiteren ist unklar, welche Auswirkungen die Errichtung und der Betrieb eines Riesenrades in unmittelbarer Nähe zum Zoologischen Garten auf diesen hätten. Es muss sicher gestellt werden, dass Bau und Betrieb des Riesenrades dem Zoologischen Garten nicht schaden.

Da das Riesenrad auf dem Wirtschaftshof des Zoo errichtet werden soll, benötigt der Zoo ein neues Wirtschaftsgebäude. Da diese Investition nicht durch den

Zoologischen Garten finanziert und angesichts der finanziellen Lage des Landes auch durch die öffentliche Hand nicht getragen werden kann, muss es durch den Investor finanziert werden.

Das Grundstück, das für den Bau des Riesenrades benötigt wird, hat eine Fläche von 12.000 Quadratmetern. Eine weitere Fläche von 13.000 Quadratmetern wird durch das Riesenrad so überbaut, dass seine Verwertung eingeschränkt ist. Diese Wertminderung ist ebenfalls durch den Investor des Riesenrades zu finanzieren.

Um im Falle einer Insolvenz auszuschließen, dass eine Riesenrad-Ruine am Standort verbleibt, die auf Kosten der SteuerzahlerInnen entsorgt werden muss, soll der Investor dieses Risiko durch eine Bankbürgschaft absichern.

Um von Anfang an eine Immobilienspekulation auszuschließen muss im Grundbuch die Zweckbindung für ein Riesenrad eingetragen werden und im Falle des Scheiterns des Projektes eine Rückkaufoption.

Berlin, den 25. April 2006

Dr. Klotz Ratzmann Hämmerling
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen